

fällt zwar immerfort auf eine bildhafte Werbung herein, er wird aber auch immer mißtrauischer, je länger er sich dem Bildkonsum hingibt. Die große Chance der Kirche besteht darin, daß sie inmitten der gemachten Scheinwelt als Abbild einer wahren Welt aufleuchtet, wenn sie vieles abstreift, was nur Antiquität ist. Dazu kann die Verkündigung viel beitragen. Die stärkste Wirkung wird eine Verkündigung haben, wenn sie nicht ideale Wahrheiten neben dieser Wirklichkeit ausmalt. Sie sollte den Schein meiden, als habe sie für alle modernen Lebensfragen die fertigen Lösungen parat und als könne sie angesichts einer noch sehr suchenden Wissenschaft auf allen Lebensgebieten immer und in jedem Falle ein leicht erlernbares und praktizierbares Wissen anbieten, ja als gäbe es keine Frage mehr, um deren Erkenntnis anhaltend gebetet werden müßte.

Eines der beherrschenden Bedürfnisse des Menschen ist nach den Erfahrungen der letzten Zeit, die Christenheit endlich einig zu sehen. Man spürt darin instinktiv und mit Recht ein wesentliches Element der Wahrheit und des Vertrauens. Die Verkündigung von Theologen und Predigern sollte diesem Zug der Zeit so aufrichtig entsprechen, wie es das Konzil im Großen versucht. In diesem Zusammenhang darf nicht der unerklärlich tiefe Einfluß verkannt werden, den das gütige Wesen von Papst Johannes auf die politische und die christliche Welt hat. In seiner Friedfertigkeit, die nach allen Seiten ausstrahlt und diese Welt bereits verändert hat, liegt ein neues Fundamentale dieser Stunde. Es kann mit den einschlägigen Begriffen von Frieden und Vernunft nicht hinreichend gekennzeichnet werden. Die vom Papst vertretene Vernunft hat einen eschatologischen Aspekt, sie wird angesichts der Alternative totaler Vernichtung gleichsam übernatürlich gesteuert, und sie versteht es daher, den Bedürfnissen der Völker gerecht zu werden und das Vertrauen von Christen und Nichtchristen zu gewinnen. Der Papst ist am Werk, aus der Einfach seines Herzens auf ganz elementare Weise die hohe technische Spiritualität der modernen Welt — ihre Freude an der Beherrschung der Materie ist nicht „Materialismus“, sondern eine Art Durchgeistigung der Materie — durch den echten Primat des Geistes zu überformen, der allein den Frieden verbürgt, um den alle Menschen guten Willens bangen. Davon sollte die Predigt Zeugnis geben.

4. Der Sinn der Gebetsmeinung ist nicht zu erschöpfen durch die Handreichung der Theologen an die Prediger und deren praktische Verkündigung in den Gottesdiensten. In verschiedenen Diözesen werden bereits Einrichtungen geschaffen, um eine neue Form der Verkündigung vorzubereiten und die Laien zum besseren Verständnis der Botschaft der Kirche zu führen. Die „Orientierung“ (31. 3. 63) berichtet über bischöfliche Maßnahmen in Essen und in Münster zur theologischen Laienbildung, denen bereits Versuche von Fernkursen in Österreich und der Schweiz vorangegangen sind. In der Wolfsburg zu Mülheim-Ruhr, dem Haus für Erwachsenenbildung des Bistums Essen, begannen im Herbst 1960 „Glaubensgespräche mündiger Christen“, die sich in 18 Wochenend-Tagungen über drei Trimester erstrecken. In Essen, Bochum und Oberhausen und künftig in allen Dekanaten werden „Glaubenslehren für Erwachsene“ gegeben, die zu einem festen Bestandteil der kirchlichen Bildungsarbeit werden sollen. Noch weitergehende Versuche, über die an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich berichtet wird (vgl. rechte Sp.), unternimmt seit letztem Winter der Bischof von Münster, Joseph Höffner, in Gestalt von „Theologischen Seminaren“ für Laien, die

wesentlich auf einer gründlichen kerygmatischen Bibeltologie mit tiefer Grundlegung im Alten Testament beruhen. Hier holt die Kirche nach, was in der Welt selbstverständlich ist, sie sorgt für die „Fachausbildung“ des „gelernten Christen“. Abermals einen Schritt weiter geht die Erzdiözese Köln; sie organisiert Theologische Seminare für den Klerus, um ihn in die neuere Theologie und Exegese und demnächst in die Dekrete des Ökumenischen Konzils einzuführen. Man rechnet damit, daß viele Diözesen diesen Beispielen folgen. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Impulse des Konzils in die Breite hinein wirken, es wird nicht mehr dem einzelnen Pfarrer überlassen, ob er im Sinne der Gebetsmeinung die katholische Lehre nach dem lebendigen Lehramt der Kirche und den Bedürfnissen der Gegenwart darlegen und erklären will. Es beginnt eine neue Zeit der theologischen Breiten- und Tiefenwirkung. Die Kirche ruft die Laien, und die Laien kommen und melden sich zum Dienst der Mitverantwortung, der erlernt sein will. Das Gebet findet schon einen verheißungsvollen Aufbruch vor, es kann ihm zum vollen Durchbruch verhelfen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Enzyklika „Pacem in terris“ Wie im Falle der Enzyklika *Mater et magistra* wird auf Anregung des deutschen Episkopates auch eine Übersetzung von *Pacem in terris* hergestellt. Die Übersetzungsarbeiten konnten leider bis zum Redaktionsschluß nicht abgeschlossen werden. Wir werden den deutschen Text der Enzyklika, der nach dem authentischen lateinischen Text erarbeitet wird, im Juliheft der Herder-Korrespondenz veröffentlichen.

Theologische Seminare für Laien im Bistum Münster Seit vielen Jahren wissen alle Beteiligten, daß Christen für die vielfältigen Glaubensprüfungen der modernen Welt nicht genügend ausgerüstet sind. Der kirchliche Jugendunterricht und der Religionsunterricht an den Schulen können allein die Aufgabe nicht bewältigen, einen Christen zur Mündigkeit zu führen. Wie heute jeder Mensch in seinem Beruf ein höheres Fachwissen benötigt, um bestehen zu können, so bedarf es erst recht für ein missionarisches Leben im Glauben der „gelernten“ Christen. Das Seelsorgeamt in Wien ging im Auftrag der österreichischen Bischöfe voran und veranstaltete mit zunehmendem Erfolg schon seit 1950 „Fernkurse für theologische Laienbildung“. Die Bischöfe der Schweiz folgten mit der Errichtung von Lehrkursen, die von Priestern und Laien in Basel, Chur, Luzern, St. Gallen und Zürich in sechs Trimestern über zwei Jahre hin erteilt werden. Sie wollen vor allem die heilsgeschichtliche Erfahrung der Bibel vermitteln (vgl. Josef Duss in: „Schweizerische Kirchenzeitung“ Nr. 15 und 16, 1963). In Deutschland wird in verschiedenen Diözesen in derselben Richtung experimentiert (z. B. in Essen und Würzburg). Aus allen diesen Erfahrungen hat der neue Bischof von Münster, Joseph Höffner, geschöpft und noch vom Konzil aus die Vorbereitungen für vorerst zehn „Theologische Seminare“ in verschiedenen Städten seiner Diözese als „Glaubenskurse für Erwachsene“ getroffen, wissend, daß er Bundesgenossen in anderen Bis-

tüchern finden werde. Damit ist nun endgültig der Weg beschritten, um nach den bewährten „Sozialen Seminaren“ der Kirche die „Jüngerbildung“ der Gläubigen vergleichsweise auf das Niveau der allgemeinen Berufsbildung zu heben, natürlich auf freiwilliger Grundlage.

Nicht dozieren, sondern verkündigen

Die uns vorliegende Denkschrift von Bischof Höffner schreibt als Methode des Unterrichts, der von Priestern und Laientheologen gegeben wird, vor, daß nicht doziert, sondern verkündigt werden soll. Der Vortrag sei durch Gespräche zu ergänzen. Vorgesehen sind sechs Trimester mit je acht Doppelstunden und einer Teilnehmerzahl von höchstens 40 für einen Kurs, für den ein ständiger Kursleiter bestellt wird, während die Referenten wechseln sollten. Die persönliche Glaubensvertiefung soll vor allem aus der Heiligen Schrift erfolgen, die durch exemplarische Behandlung ausgewählter Texte zum selbständigen Lesen führen soll, ohne daß das Seminar zum „Bibelkreis“ wird. Jeder Teilnehmer muß eine vollständige Ausgabe des Alten und Neuen Testaments mitbringen. Auch Nichtkatholiken haben zu den Kursen Zutritt, die aber nicht als Konvertitenunterricht gelten.

Bemerkenswert ist der thematische Aufbau der Kurse. „Der Leitgedanke ist die ‚Liebesgeschichte Gottes mit der Menschheit‘.“ (Die Formulierung entspricht dem des Bibelbuches von J. P. Michael „Mensch, wo bist du?“ Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1962.) Sie wird dargestellt am Volk Israel und an der Kirche. Es wird aber nicht mit sog. Einleitungsfragen und auch nicht mit der Lehre von der Schöpfung, vom Urstand und Sündenfall begonnen, sondern mit der Berufung Abrahams. So will man es vermeiden, daß der Kurs sogleich zur Apologetik wird. Textgeschichte wird jeweils bei der Behandlung einzelner Schriften eingeschaltet, aber die Bibel stets als kerygmatisches und nicht nur als historisches Dokument erfaßt. Mit voller Absicht wird dem Alten Testament, das im Glaubensleben wie in der Predigt kaum eine Rolle spiele, viel Raum gegeben, mit der Begründung, daß das Neue Testament erst auf dem Hintergrund des Alten voll verständlich wird. „Ohne diesen Hintergrund erscheint Christus als Religionsstifter.“

Der Lehrplan

Das 1. Trimester beschränkt sich auf die Geschichte Abrahams, die Befreiung Israels aus Ägypten und den Sinai. Daran schließt sich an die Frage der Entstehung der Heiligen Schrift und ihrer Aussagen über den Anfang der Welt und des Menschen, und zwar vom Kolosser- und Hebräerbrief her (Christus als der „Erstgeborene vor aller Kreatur“). Das 2. Trimester ist wesentlich den Propheten Israels, den Psalmen und der spätjüdischen Eschatologie gewidmet und schließt mit einer Zusammenfassung der Heilsführung Gottes durch sein Wort im Alten Bund. Erst das 3. Trimester behandelt die Botschaft Jesu und seine Erlösungstat und kommt dann auf neutestamentliche Textgeschichte, die Synoptische Frage und die formgeschichtliche Methode, wahrscheinlich in der Planung etwas zu kurz gefaßt, wenn nicht gute gedruckte Darstellungen an die Seite treten, die vorgesehen sind.

Das 4. Trimester wendet sich nun der Lehre von der Kirche in ihrer Ganzheit als Fortführung des Werkes Christi zu, samt ihrer hierarchischen Struktur, und endet mit dem Zentralsakrament, der heiligen Eucharistie. Das 5. Trimester, für das die Denkschrift zunächst nur einen

knappen Rahmen zeigt, erörtert „die Christen in der Welt“, ausgehend von Taufe, Firmung und Ehe, mit einer Behandlung aller Fragen von Arbeit und Beruf, Wirtschaft und Politik, wie es scheint, auch recht kurz. Hier wird die Erfahrung weiterführen. Das 6. Trimester rollt dann die ganze Breite der Eschata auf.

Es kennzeichnet das Unternehmen, daß Bischof Höffner den Plan am 21. Dezember 1962 nach der Rückkehr vom Zweiten Vatikanischen Konzil unterschrieben hat. Er ist also eine Frucht des Konzils (vgl. auch die Inhaltsangabe in: „Orientierung“, 31. 3. 63). Zur Sache selbst wäre zu bedenken, daß die Grundlegung der Glaubensunterweisung auf die Heilsgeschichte statt auf die scholastische Systematik zwar einen großen Fortschritt darstellt, der seinen Einfluß auf die Katechese nicht verfehlen wird, aber die Möglichkeit, daß Heilsgeschichte auch wieder nur Historie bleibt, ist damit noch nicht ausgeschlossen, wenn sie nicht in die „Gleichzeitigkeit“ mit der Gegenwart eintritt, die in der prophetischen Verkündigung ebenso wie in der Predigt Jesu vorwaltet. Dort wird wie beim Apostel Paulus das „in illo tempore“ der Rettungstaten Gottes an Israel zum „Heute“ Gottes. Es wird also für die Wirksamkeit der biblischen Glaubenslehre viel davon abhängen, ob diese Transposition auf die Gegenwart erfolgreich ausgeführt werden kann.

Die Kirche in der Mobilität unserer Zeit

Bei der letzten Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 22./23. November 1962 in Mainz sprach Robert Svoboda OCS über die Kirche in der modernen Wanderungsbewegung. Inzwischen erschien dieser Vortrag als Programmschrift der „Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Verkehr“ unter dem Titel „Als Christ unterwegs“ (Verlag Wort und Werk, Köln). Ohne näher auf die pastoralen Folgerungen einzugehen, die die in den letzten Jahren aufgebrochene Mobilität erfordert, geben wir das interessante statistische Material wieder, das P. Svoboda unter diesem Gesichtspunkt, vor allem im Hinblick auf die Seelsorge, zusammengetragen hat. Im einzelnen wies P. Svoboda auf folgende Erscheinungen näher hin:

1. Regionale Ballungsräume

Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zeichnen sich folgende Ballungsgebiete ab:

	Einwohner in Mill.	Industrie- beschäftigte
Rhein-Ruhr	10,4	1 949 000
Rhein-Main	2,5	400 000
Hamburg	2,3	268 000
Stuttgart	1,8	413 000
Rhein-Neckar	1,4	277 000
München	1,4	184 000
Hannover	1,0	154 000
Nürnberg	1,0	206 000
Bremen	0,8	110 000
Ballungsgebiete insgesamt	22,6	3 961 000
darunter Kerngebiete	13,6	2 539 000
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West)	52,3	7 583 000
Anteil der Ballungsgebiete am Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin [West])	43,5 %	52,2 %

Im Ruhrgebiet sind seit 1953 über 2 Millionen zugewandert, und nur zwei Drittel der hier Lebenden sind im zugehörigen Bundesland Nordrhein-Westfalen geboren. Unter den Großstädten verzeichnet München einen jährlichen Zugang von 36 000, Hannover von 20 000 Zuwanderern. Manche Großstädte haben einen Wohnungswechsel bis zu 17% ihrer Pfarrangehörigen, so daß theoretisch die Gemeinde alle sechs Jahre ausgetauscht werden könnte.

Im Saarland hingegen lebt jeder zweite noch in seiner Geburtsgemeinde. Der Standortwechsel ist hier nur ein Drittel gegenüber dem Ruhrgebiet. 80% der Bewohner sind im Saarland aufgewachsen. Die Selbständigen und Angestellten kommen zu einem Viertel aus dem Arbeiterstand, doppelt so viele wie an der Ruhr.

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnete 1960 624 000 Zuzüge über die Grenzen, 1961 sogar 733 000. Das ist eine tägliche Zuwanderung von über 2000 Personen. (In diesem Zusammenhang sei kurz auf den Zustrom durch die Heimatvertriebenen hingewiesen: im deutschsprachigen Raum 10 Millionen Vertriebene aus dem Osten, davon 44% Katholiken, außerdem 3 Millionen Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone und 0,5 Millionen Spätaussiedler.)

2. Die Pendler

Die Ford-Werke in Köln haben für ihre Belegschaft von 25 700 Arbeitnehmern keine werkseigenen Wohnungen, wohl aber für 9250, davon 600 Italiener, werksgeförderte Wohnungen am Arbeitsort. Für die auswärts Wohnenden besteht seit 1958 ein Pendlerdienst mit 37 Bussen, der täglich 2900 km zurücklegt und 2000 Personen einholt. Die durchschnittliche Pendelwanderung reicht 50 km weit.

Die Badische Anilin-&-Soda-Fabrik (BASF) in Ludwigshafen hat für ihre 45 600 Mitarbeiter 15 700 Werkwohnungen errichtet. Im Arbeitsort selbst wohnen 9000 Arbeitnehmer in werkseigenen Wohnungen, außerdem 1000 Gastarbeiter in eigenen Schwedenhäusern. Am Ort der Arbeitsstätte wohnen insgesamt 22 000, von auswärts kommen täglich 23 500, schwerpunktmäßig 30 km weit, aber auch bis zu 60 km entfernt. Es besteht kein eigener Einholddienst, aber täglich fahren sechs Sonderzüge ins Werk ein, in dessen Nähe sich drei Omnibusbahnhöfe befinden.

Die Auto Union in Ingolstadt mußte von 1961 auf 1962 ihre Belegschaft von 7500 auf 11 500 steigern. Hierfür stehen nur 50 werkseigene und über 1000 werksgeförderte Wohnungen zur Verfügung. 55% der Arbeitnehmer sind Pendler mit einer Reichweite von durchschnittlich 40 km, zu deren Einholung täglich 46 Busse 3500 km weit fahren.

Das Volkswagenwerk in Wolfsburg verzeichnet für seinen Anteil von 52,2% Pendlern aus 463 Wohngemeinden neben einem eigenen Zubringerdienst die Tatsache, daß 12 000 Mitarbeiter über einen eigenen VW verfügen.

Die Pendlerbewegung als innerstädtische Reaktion gegen die Industrialisierung der Wohngegenden und als Gegenbewegung gegen die allgemeine Verstädterung ist nicht nur eine Frage des Arbeitsmarktes. Die Förderung von Trabantsiedlungen um die Großstädte wird das Problem noch verschärfen. Zusätzlich wird das Pendlerum auch positiv gefördert durch die Anlage von Siedlungen, die angemessenen Lebensraum nach der Arbeitszeit bieten wollen. Svoboda sieht, abgesehen von dem

Zeitverlust und dem Nervenverbrauch und den Gefahren der Demoralisierung — speziell bei Jugendlichen — für dieses zweipolige Leben auch positive Gesichtspunkte: es mache geistig beweglich, stelle die Persönlichkeit vor Anstrengungen und asketische Forderungen, belasse die Heimat gesellschaftlich und geistig am Wohnort, vertiefe die Geborgenheit in der Familie und gebe für die Seelsorge ein gesünderes Milieu frei.

3. Ausländische Gastarbeiter

Die Zahl der ausländischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik steigt von Jahr zu Jahr (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 417 ff.). Das Gros stellen die Italiener. Die Zunahme ergab in den letzten fünf Jahren folgende Entwicklung:

1958	11 000	
1959	29 000	
1960	107 000	
1961	208 000,	davon 15 000 Frauen
1962	290 000,	davon 24 000 Frauen

Nach Italien kehrten zurück:

1958	6 000	1960	59 000
1959	15 000	1961	77 000

Zur Zeit stehen den italienischen Gastarbeitern 36 Seelsorger und 64 Fürsorger zur Verfügung.

Noch stärker stieg — prozentual gesehen — die Zahl der spanischen Gastarbeiter:

März	1960	2 612
Dezember	1960	26 703
September	1961	50 967
Dezember	1961	63 388
Ende Juni	1962	87 101

davon 21 232 Frauen, ca. 15% Jugendliche, 1 bis 2% mit Familie.

Ende 1962 betrug die Zahl der spanischen Gastarbeiter rund 100 000. Zu ihrer Verfügung stehen 30 Seelsorger und 26 Fürsorger.

4. Verkehr mit Kraftfahrzeugen

Während der allgemeine Handel innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1958 bis 1961 um rund 70% zunahm, wurde beim Austausch von Kraftfahrzeugen eine Mengenzunahme von 108% und eine Wertsteigerung von 130% erzielt. Zwischen den EWG-Ländern wurden 1961 rund 562 000 (1960: 270 000) Personenkraftwagen im Wert von 522 (1960: 225) Millionen Dollar und 61 000 (1960: 29 000) Nutzfahrzeuge im Wert von 83 (1960: 38) Millionen Dollar gehandelt. In dritte Länder wurden in dem für den Übersee-Export schlechten Jahr 1961 rund 1 063 000 (1960: 900 000) Personenkraftwagen für 1,12 (1960: 0,92) Milliarden Dollar und 143 000 (1960: 134 000) Nutzfahrzeuge für 327 (1960: 284) Millionen Dollar exportiert.

Innerhalb der EWG hat die Bundesrepublik Deutschland den modernsten Wagenpark. Ihr Anteil an den Personenkraftwagen mit weniger als fünf Jahren Laufzeit betrug 1960 rund 66,5% gegenüber 61% in Italien, 59% in den Niederlanden, 54,5% in Belgien und 52,2% in Frankreich, wo 17% aller Personenkraftwagen mehr als zehn Jahre alt sind. In der EWG entfielen 1960 auf 1000 Einwohner 80 Autos gegenüber 28 im Jahre 1953, womit die Motorisierung in den Ländern der EWG den Stand der Vereinigten Staaten in den Jahren 1920 und 1921 erreicht hat. Die höchste Motorisierungsrate wies dabei

Frankreich vor der Bundesrepublik, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Italien auf. Nach Schätzungen der EWG-Kommission wird es im Jahre 1965 in der Gemeinschaft etwa 23,9 Millionen und 1970 rund 40,5 Millionen Personenwagen geben, wovon rund 8,2 und 13,8 Millionen in der Bundesrepublik laufen dürften.

Der Bestand an motorisierten Fahrzeugen insgesamt in der Bundesrepublik hat nach dem Bericht am 1. Juli 1962 die Elf-Millionen-Grenze überschritten. 6 Millionen davon sind Personenwagen mit über 30 Millionen Sitzplätzen. Auf etwa neun Einwohner kommt ein Personenwagen. Die Besitzer sind zu 60% Arbeitnehmer. Täglich werden durchschnittlich 1800 Personenwagen neu in Gebrauch genommen.

Mit den Problemen, die sich in diesem Zusammenhang für die Kirche, vor allem auf moralisch-seelsorglichem Gebiet, stellen, will sich die „Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Verkehr“ auseinandersetzen, zu der sich die zuständigen Organisationen und Arbeitsstellen des katholischen Deutschland Ende 1962 zusammengeschlossen haben. Deren Geschäftsstelle befindet sich bei der Kirchlichen Hauptstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in Fulda-Neuenburg; an der Spitze des Leitungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft steht Dr. C. Schulte, Paderborn. Einer Sonderaufgabe in diesem Bereich widmet sich die „Internationale Liga für alkoholfreien Verkehr“ mit dem Sekretariat bei der Bischöflichen Hauptarbeitsstelle zur Abwehr der Suchtgefahren bei der Hoheneckzentrale in Hamm (Westfalen). Von hier aus ergeben sich naturgemäß zahlreiche Querverbindungen zu befreundeten Stellen im Ausland, an denen auch der Heilige Stuhl interessiert ist.

5. Freizeitwanderung

Die Freizeit zur Mittagspause in den Betrieben ist meist gekürzt und konstant; etwa 14 Millionen Deutsche essen täglich in Kantinen, Werksküchen oder betriebsnahen Gaststätten. Zum Feierabend besteht ein Angebot für rund 15 Millionen Plätzen in Lokalen und in Vergnügungstätten. Über das verlängerte Wochenende können über 40% der Arbeitnehmer frei verfügen, ja nach der Jahreszeit auch in Bewegung.

Zum Urlaub verreisten 1961 14 bis 15 Millionen, davon 15% als Gesellschaftsreisende. Der Anteil der zum Urlaub ins Ausland Reisenden stieg von 1961 auf 1962 von 33 auf 47%. Die durchschnittliche Urlaubsdauer beträgt 13 bis 14 Tage, bei Turnusreisen 17 bis 18 Tage. 1962 verzeichnete die Touropa eine Zuwachsrate von 15%, die Tigges-Fahrten eine von 17%; die Auslandsreisen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 45%. Touropa weist dabei auf folgende Zahlen für die Jahre 1960, 1961 und 1962 hin:

nach Österreich	33 000 — 49 000 — 70 000
nach Italien	27 000 — 39 000 — 51 000
nach Spanien	2 500 — 3 800 — 11 200

Der Anteil der Seereisen betrug 1%, der der Flugreisen 1,7%. Jugoslawien meldete für die Zeit von Januar bis Anfang September 1962 die Einreise von 180 000 Deutschen.

Italien als das Hauptanziehungsland für deutsche Urlauber verzeichnete folgende Entwicklung:

1938	4 000 000	ausländische Gäste
1952	6 059 000	ausländische Gäste
1961	18 935 000	ausländische Gäste
1962	über 20 000 000	ausländische Gäste.

Die Steigerung beträgt pro Jahr durchschnittlich 11%; das finanzielle Ergebnis 1961 machte 481 Milliarden Lire, pro Hotelgast täglich durchschnittlich 8790 Lire (Statistica del Turismo 1961, Rom 1962).

1961 reisten nach Italien mit dem Auto 13,3 Millionen, mit der Bahn 4,5 Millionen und mit Schiff und Flugzeug 1,16 Millionen. Dabei betrug der Anteil der Deutschen 4781 087, was einem Prozentsatz von 25,5 aller nach Italien reisenden Urlauber entspricht. Im Jahre 1937 waren es 12,4%. Von den Übernachtungen deutscher Gäste entfielen auf die Emilia 2, auf Südtirol 1,79, auf die Provinz Venetien 1, auf die ligurische Riviera 1,6 Millionen. Rom hat insgesamt nur einen Anteil von einem Zwanzigstel aller Ankünfte und Übernachtungen zu verzeichnen, mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von vier Tagen. Im Camping-Bereich wurden 1961 gezählt:

an der Adria	232 000	mit 2,70 Millionen Übernachtungen,
an der Riviera	147 000	mit 1,50 Millionen Übernachtungen,
am Gardasee	103 000	mit 0,44 Millionen Übernachtungen.

Die mobile Erholung ist eine natürliche Reaktion in einem Lande, in dem jährlich 2 Millionen Tonnen Staub und 5 Millionen Tonnen Schwefeloxyd zu schlucken sind und täglich 21 Millionen Kubikmeter Abwässer vor allem aus der Industrie kommen. So wächst zunehmend der Drang nach einem Erholungssitz außerhalb der Stadtwohnung. In Frankreich z. B. verzeichnet man bereits 951 000 solcher Sommerwohnungen. Die Auflösung der Landschaft in privaten Grundbesitz, durch den jährlich eine Fläche von der Größe Münchens der Öffentlichkeit verlorengeht, schreitet fort. Der Sonntagsausflug stößt unter diesen Voraussetzungen in absehbarer Zeit ins Leere.

Im Unterbewußtsein haben wir es bei vielen mit einer Vergötzung der Bewegung zu tun, als bejahtes Bedürfnis und mitunter sogar als eigentliche Sucht, als geistige Haltung und Zeichen. Man ist erinnert an das Wort Christian Morgensterns, daß die Straße immer besser sei als Herberge. In der Beurteilung der Situation darf aber dabei nicht übersehen werden, daß die Kriege und ihre Folgen, die industrielle Zusammenballung und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die neuerliche Woge des Internationalismus, aber auch die bekannten Unterströmungen des modernen Tourismus vom Nachholbedarf bis zur Angst vor neuen Mauern den Aufbruch der Mobilität unserer Zeit begünstigt haben. „Noch stehen wir in der Phase einer Lust an der Bewegung ohne tieferes Heimweh und echte Heimkehr“, sagte R. Svoboda, „einer Freude an der Zentrifugalität ohne Einkehr bei sich selbst und innerer Mitte, einer Lust auch an der Enthemmung draußen, wo meist eine negative Auslese verderbliche Leitbilder abgibt.“

Seelsorglich stehen wir vor einer neuen Diaspora, einer Diaspora, die nicht mehr Zeichen feindlicher Isolierung, sondern sozialer Bestand, aber auch missionarische Aufgabe ist. Wir leben in einem ständigen und zunehmenden Austausch der Räume, der Begegnung und der Verantwortung. Dadurch verändert sich auch das Gesicht der Pfarrei, „die nicht mehr nur historisch und kanonistisch, auch nicht mehr lokal und technisch gesehen werden kann, sondern im Gleichnis des mystischen Leibes Christi und seiner Glieder eine neue Mitte und Tiefe, aber auch eine andere Aufgliederung erfährt“. Wieweit dabei die persönlichen Bindungen verändert bzw. neu zu gestalten sind, bedarf einer eigenen Untersuchung.

Die Katholische Aktion Österreichs zur Frage: Katholische Aktion und Politik

Der schwierige Fragenkomplex „Katholische Aktion und Politik“, einschließlich der Frage „Der Katholik und die Politik“, wurde von der Katholischen Aktion Österreichs im Laufe

der letzten zwei Jahre vielfach diskutiert. Als Ergebnis der Aussprachen wurde auf der Frühjahrstagung 1963 folgende Formulierung beschlossen, der die Bischöfe Österreichs ihre Zustimmung gegeben haben:

I

Katholische Aktion und Politik

1. Die Katholische Aktion ist von der Hierarchie mitbeauftragt, an der Verchristlichung des einzelnen, der Gemeinschaften und Institutionen mitzuarbeiten. Daher fallen unter ihren Auftrag auch die gesellschaftlichen Bereiche, soweit sie für Glauben und Sittlichkeit von Bedeutung sind.
2. Die Durchdringung der Institutionen mit christlichem Geist setzt die Verchristlichung des einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen voraus. Die Katholische Aktion lehnt es ab, durch institutionelle Machtausübung die Christianisierung von Menschen erzwingen zu wollen.
3. Die Katholische Aktion hat auch eine gesellschaftskritische Aufgabe; sie ist berechtigt, zu gesellschaftlichen Schäden zu sprechen und durch konstruktive Vorschläge an deren Behebung mitzuarbeiten.
4. Sie macht der Öffentlichkeit die Grundsätze der christlichen Soziallehre bewußt.
5. Kirchenpolitische Initiativen bedürfen des Einvernehmens mit der Hierarchie.
6. Die Katholische Aktion darf nie zur politischen Partei oder zu einem Werkzeug einer solchen werden. Bei ihren staats- und gesellschaftspolitischen Initiativen wird die Katholische Aktion ihren apostolischen Auftrag stets im Auge behalten.
7. Es ist nicht vereinbar, daß leitende Mitarbeiter der Katholischen Aktion und ihrer Gliederungen gleichzeitig Mandatare der gesetzgebenden Körperschaften auf Bundes- oder Landesebene sind sowie hauptamtliche oder ehrenamtliche Führungsstellen innerhalb politischer Parteien übernehmen. Im örtlichen Bereich (auf Pfarrebene) kann in Einzelfällen, wenn die Ziele der Katholischen Aktion nicht gefährdet werden, der Diözesanausschuß einer anderen Regelung zustimmen. Die diözesanen Gliederungen haben die Möglichkeit, im Einvernehmen mit dem Diözesanausschuß für den Bereich der Diözese Ausnahmebedingungen aufzustellen (Beschuß Nr. 6 der Herbsttagung 1955 der KAO, 9./11. September in Maria Trost, Stmk.).
8. Im einzelnen hat die Katholische Aktion ihren Mitgliedern und dem katholischen Volk gegenüber folgende Aufgaben:
 - a) Ausbildung in den Grundsätzen der christlichen Gesellschaftslehre; Schärfung der persönlichen Urteilsfähigkeit für eine Politik aus Glauben und christlichem Gewissen.
 - b) Vorbereitung insbesondere der jungen Menschen für ihre Aufgaben im öffentlichen Leben.
 - c) Betonung einer grundsätzlichen Gewissenspflicht zur politischen Entscheidung und zum politischen Handeln; Ermunterung der Katholiken zur Übernahme konkreter politischer Verantwortung nach Maßgabe der situationsbedingten Dringlichkeit und der persönlichen Fähigkeiten.

Die Katholische Aktion lehnt jedoch jede grundsätzliche Diffamierung der Politik ab.

d) Kontaktnahme mit den im politischen Leben tätigen Katholiken.

e) Die Katholische Aktion ist verpflichtet, Ideologien und Programme, Gruppierungen und Aktivitäten politischer Natur und Bedeutsamkeit auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Glaubens- und Sittenlehre zu prüfen und darüber aufzuklären.

II

Der Katholik und die Politik

Hinsichtlich der Stellung des einzelnen Katholiken zum politischen Leben vertritt die Katholische Aktion folgende Grundsätze:

1. Der Katholik ist wie jeder andere Staatsbürger zur Teilnahme am politischen Leben je nach seiner Stellung in Staat und Gesellschaft und nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten verpflichtet.
2. Da ihm der Glaube eine tiefere Einsicht in den moralischen und heilsgeschichtlichen Sinn der politischen Ordnungen vermittelt und ihn die Bedeutung des öffentlichen Lebens für Religion und Kirche erkennen läßt, erwachsen ihm zusätzliche Aufgaben und eine größere Verantwortung.
3. Er sieht in der Mitarbeit am öffentlichen Leben einen christlichen Bruderdienst an der Gesellschaft und nicht ein Mittel zur Erlangung von Macht und Vorteil.
4. Der Katholik richtet sich bei seiner Mitarbeit am öffentlichen Leben nach den Grundsätzen der Glaubens- und Sittenlehre. Er wird bei seinen politischen Entscheidungen auch auf die Äußerungen des Hirtenamtes der Kirche achten.
5. Er wird die Kirche nicht für Dinge beanspruchen, für die sie nicht zuständig ist, und er wird es unterlassen, seine persönlichen Entscheidungen als solche der Kirche auszugeben.
6. Der Katholik wird sich für seine politische Tätigkeit um die nötige fachliche und religiöse Bildung bemühen. Dies gilt in erhöhtem Maß für die Träger öffentlicher Funktionen.
7. Der Katholik ist grundsätzlich zur Ausübung des Wahlrechtes verpflichtet. Er darf seine Stimme nicht Parteien geben, deren Programm in wesentlichen Punkten den Lehren der Kirche widerspricht und deren Praxis die Freiheit und Würde des Menschen mißachtet und die unverzichtbaren Freiheitsrechte der Kirche verletzt. Es liegt daher an den Parteien selbst, durch ihr ganzes Verhalten zu beweisen, daß Katholiken ihnen mit gutem Gewissen ihre Stimmen geben können.
8. Unter Beachtung der angeführten Grundsätze wird der Katholik seine Verantwortung für das öffentliche Leben und dessen Ordnung als mündiges Glied der Kirche in Freiheit und Eigenständigkeit wahrnehmen.

Aus Süd- und Westeuropa

Gegen die Seelsorgsklassen in Spanien

Die Pfarrei der Kathedrale von Sevilla hat mit Wirkung vom 1. Januar 1963 alle Klassenunterschiede bei Hochzeiten, Taufen, Exequien und Totengedächtnismessen abgeschafft. Es gibt nur noch einheitliche liturgische Feierlichkeiten, für die von den Gläubigen nichts zu bezahlen ist.

Der dadurch verursachte Einnahmeausfall trifft die Geistlichen persönlich schwer, weil in Spanien kein Kirchensteuersystem besteht und die Geistlichen allgemein sehr schlecht besoldet sind; ein Pfarrer erhält nicht einmal das Mindestgehalt eines Volksschullehrers.

In der Dompfarrei von Sevilla wurde nun folgende Regelung getroffen:

Die Finanzverwaltung wurde einer Gruppe von Laien übertragen. Diese stellen einen Haushaltsplan auf und legen die erforderlichen Einnahmen auf alle Familien der Pfarrei, je nach deren wirtschaftlichem Stand, um. Der so errechnete, jeweils von einer Familie zu tragende „Pfarrbeitrag“ ist „juristisch freiwillig und moralisch verpflichtend“.

Auch in anderen Diözesen und in Frankreich

Auch in der ganzen Diözese Albacete sowie in einzelnen Pfarreien anderer Diözesen sind bereits die unterschiedlichen Klassen in der Spendung der Sakramente abgeschafft worden. Der Erzbischof von Valencia erließ im Herbst 1962 einen eigenen Hirtenbrief zu diesem Problem, in dem er eine generelle Regelung für ganz Spanien ankündigte. „Die Unterschiede in den Feierlichkeiten des Ritus schmeicheln den Reichen, aber ärgern die Armen, die Arbeiter.“

Der Erzbischof, Präsident der spanischen Bischofskommission für die Seminarien, kritisierte vor allem folgende Dinge:

1. bezahlte Kirchenstühle;
2. Prunk bei Taufen und Verschwendung von Blumen und Lichtern bei Erstkommunionen, Hochzeiten und Beerdigungen reicher Personen;
3. die Verkündigung der Spender, die für die Kosten religiöser Feierlichkeiten aufgekomen sind;
4. ein in seiner Länge dem Reichtum der betreffenden Familien entsprechendes Defilee von Geistlichen, „die statt dessen zur größeren Ehre Gottes in den Kirchen, an den Krankenbetten, in den Schulen und in den Gruppen der Katholischen Aktion benötigt würden“;
5. die Bekanntgabe des geistlichen Beistandes in den Todesanzeigen, „eines Namens, der immer im tiefsten religiösen Schweigen verbleiben sollte“;
6. Luxus an Kleidern und Geschenken, närrische Feierlichkeiten und familiäre Hohlheit bei der Erstkommunion, „Ursache grausamer Verwüstungen in den Kinderseelen“.

Gegen die aufwendige Kleidung bei der Erstkommunion (Brautkleider und Kreuzfahreruniformen) wandte sich auch ein Hirtenwort des Erzbischofs von Pamplona. In einer Anweisung an die Eltern forderte der Erzbischof von Zaragoza als obligatorisch für die ganze Diözese: für die Mädchen eine Tunika mit Sandalen und Holzkreuz, für die Jungen einen Straßenanzug, der ihnen auch für den Alltag von Nutzen ist.

Merkwürdigerweise treffen diese Bestrebungen gerade in jenen Kreisen auf Ablehnung, wo man dies am wenigsten erwarten würde. Als der Erzbischof von Paris ebenfalls ab 1. Januar 1963 für die ganze Diözese im wesentlichen einheitliche Pfarrzeremonien verfügte, schrieb die rechtsgerichtete Zeitung „Le Figaro“:

„Ist der Kardinal von Paris gegen die Kirchenmusik eingestellt, und will er Sänger, Musiker und Organisten zu Arbeitslosigkeit und Elend verurteilen? ... Dies würde die Verleugnung der schönsten Traditionen des Christentums bedeuten.“

Bischof De Vet für eine europäische Bischofskonferenz Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens der „Sozialen Vereinigung“ am Großen Seminar in Hoeven (Niederlande)

wurde dort vom 18. bis 20. April 1963 eine Tagung über das Thema „Besinnung auf Europa“ veranstaltet, an der etwa 100 Theologen aus Holland und Belgien teilnahmen. In einer Ansprache, die sich mit den Aufgaben der Kirche im heutigen Europa befaßte, regte Bischof G. H. De Vet von Breda die Gründung einer gesamteuropäischen Bischofskonferenz an. Kirchlich gesehen, so meinte Bischof De Vet, beständen in Europa zwar große Gegensätze. Das habe auch das Konzil deutlich gemacht. Aber die Unterschiede und Gegensätze im theologischen Denken und in der pastoralen und ökumenischen Orientierung seien keine Gegensätze zwischen Ländern und Völkern. Diese unterschiedlichen Aspekte besagten auch nichts über größere oder geringere Rechtgläubigkeit oder über größere oder geringere Treue zur Kirche. Vielmehr habe sich gerade diese Polarität als äußerst fruchtbar erwiesen und gezeigt, wie notwendig eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen europäischen Ländern im Zeitalter der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas auch auf kirchlichem Gebiete sei. Es gelte hier „ein kirchenprovinzielles Denken“ zu überwinden. Bischof De Vet verwies auf die Gründung der Afrikanischen Bischofskonferenz während der Ersten Sitzungsperiode des Konzils und bedauerte, daß man in Europa, wo die Voraussetzungen viel günstiger seien, bisher noch nicht so weit gekommen sei. Die Gründung einer gesamteuropäischen Bischofskonferenz sollte deshalb ernstlich erwogen werden (vgl. „Katholiek Archief“, 3. 5. 63, Sp. 458 ff.).

8. Kongreß der Union des Étudiants Catholiques Africains in Belgien Rund 120 Mitglieder der Union des Étudiants Catholiques Africains in Frankreich (UECA) trafen sich zu ihrem 8. Kongreß vom 5. bis 10. April 1963 in Wareme bei Lüttich (Belgien). Eine starke Gruppe katholischer afrikanischer Studenten aus Belgien, Afrikaner aus Holland, Österreich, Italien und der Bundesrepublik, dazu eine Anzahl Beobachter internationaler und französischer Organisationen und der belgischen und französischen Presse zeigten an, daß diesem Kongreß einige Wichtigkeit zugemessen wurde.

Das Thema der Tagung lautete: „Die Jugend und die Entwicklung Afrikas.“ Regionale Treffen zu einzelnen Fragen des Gesamtthemas und ein Studienseminar in Paris gingen dem Kongreß voraus. In Wareme sollte das Fazit gezogen werden. Vier Arbeitskreise befaßten sich mit vier Unterthemen; Arbeitsberichte einzelner Gruppen führten in die Thematik ein und bildeten die Grundlage für eine Diskussion über die „Afrikanisierung“ der Bildungsinstitutionen, die Erziehung der jungen Afrikaner für das heutige Afrika und seine Probleme, die Organisationen katholischer afrikanischer Jugend gegenüber dem Anspruch der jungen Nationen Afrikas. Bis spät in die Nacht hinein dauerten die Debatten. Dabei zeichneten sich schließlich vier Schwerpunkte ab: Die UECA-Delegierten sehen als einzige sinnvolle Möglichkeit für den Aufbau der afrikanischen Nationen ein vom Staat geplantes Erziehungssystem, innerhalb dessen allerdings das Elternrecht auf die freie Wahl der Schule erhalten bleiben muß; sie fordern ferner die Erhaltung auch heute noch wesentlicher und wirksamer afrikanischer Traditionen (wie vielerorts die der Initiation), die aber den Ver-

hältnissen der Zeit entsprechend erneuert und christianisiert werden sollen; sie wollen auch die Jugend Afrikas ohne Ansehen von Religion und „Klassenzugehörigkeit“ vereint wissen bei der Arbeit an den einzelnen nationalen Aufbauprogrammen; endlich betonen sie die Notwendigkeit einer Einigung Afrikas angesichts der Vielzahl der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Probleme und weisen auf die Pflicht der afrikanischen Jugend hin, sich für die Entwicklung ihres Kontinentes zu engagieren.

Der Dienst für die Heimat

Die systematische Arbeit in den Arbeitsgruppen bildete das Gerüst des Treffens. Dabei sollte es nicht um Worte gehen (obwohl es auch hier — wie bei jedem Studententreffen — gelegentlich Wortklauberei gab), sondern um die Erarbeitung von Richtlinien für eine spätere Arbeit in Afrika. Was manchmal in den Debatten etwas aus dem Auge verloren wurde — der Wille zum Dienst an der Heimat —, wurde durch das einzige Referat der Tagung fixiert und aus genauer Kenntnis der Situation vorgetragen: M. Creuziat von „La Vie Nouvelle“ war von den Studenten — nicht etwa von einer wohlmeinenden „Betreuungsorganisation“ — dafür eingeladen worden. Er versuchte methodisch klarzulegen, was die UECA ihre „Ideologie“ nennt: einen „socialisme personaliste et communautaire“. Kernpunkt des Referats war die Forderung des freiwilligen Dienstes am eigenen Land. Vielen Problemen könnte man eher gerecht werden, sagte Creuziat, wenn sich nur zehn Prozent aller Afrikaner mit höherer Bildung für eine bestimmte Zeit zu einem derartigen Dienst zur Verfügung stellen würden, vor allem zum Dienst im „Busch“ heute. Wer studiert habe, sei dazu bestimmt, Funktionär zu werden. Es müsse aber angesichts des ungeheuren Mißbrauchs, der in vielen Gebieten Afrikas mit Titeln, Ämtern, Beziehungen getrieben würde, eine neue „Funktionärsehre“ gefordert werden, die auf einer im Zusammenleben mit einfachen Mitbürgern erworbenen moralischen Autorität beruhen müsse. Zu häufig seien die Fälle, in denen sich führende Schichten afrikanischer Staaten ihrer Völker bedienten, statt ihnen zu dienen. Bei gut vorbereiteten kleinen Kerngruppen müßte es in einem Zeitraum von etwa 15 Jahren möglich sein, den Kontinent entscheidend vorwärtszubringen. Dabei ginge es nicht nur um eine technische Erziehung, eine Vorbereitung auf bestimmte Berufe, wie sie heute in Afrika schon überall im Ansatz und ausbaufähig vorhanden sei. Die ideologische, politisch-gesellschaftliche Ausbildung sei genauso wichtig, wie sie konsequent bisher fast nur in marxistisch-leninistischen Gruppierungen Afrikas — und da noch in rein propagandistischer Form — geboten würde. Notwendig sei schließlich eine charakterliche Bildung. Der Reichtum des neuen Afrika seien nicht die Kapitalien aus der Entwicklungshilfe, sondern Menschen, die über dem reinen Egoismus ständen und sich einzusetzen und zu führen bereit seien trotz des Allzumenschlichen in ihrer Umgebung. Es gebe heute zwar schon einen „Brückenkopf“ solcher Menschen, aber eben nur einen „Brückenkopf“, einen Ansatzpunkt. Der Einsatz von einzelnen und von Gruppen junger Menschen sei notwendig; denn Nationen formten sich nur durch „des générations héroïques“, die sich in dem engagieren, was sie als Gesellschaft vorfinden, und die es wagen, darüber hinauszudeuten.

Das sind Worte, wie sie unter Studenten aus den Entwick-

lungsländern leider nicht allzu häufig zu hören sind. Sie fanden die Zustimmung und Bereitschaft unter den Mitgliedern einer Bewegung, die erst 1956 von fünf Gruppen afrikanischer Studenten ins Leben gerufen wurde und heute in 22 Gruppen etwa 450 militante Mitglieder zählt, vorwiegend Studenten aus dem ehemaligen „Afrique Occidentale Française“. Ihre Arbeit gewann Form und Methode auf den alljährlich vor Ostern stattfindenden Kongressen, auf denen gleichzeitig immer wieder die vorangegangene Arbeit überprüft wird. Die Mitglieder der UECA-Gruppen haben eine doppelte Verpflichtung: in ihrer „neutralen“ Studentenorganisation mitzuarbeiten und lebendiger Teil einer Studentengemeinde zu sein. Dieser doppelten Verpflichtung entspricht ihr Bildungsprogramm, das sich auf die Kenntnis Afrikas und seiner heutigen Situation konzentriert sowie auf eine religiöse Schulung, die der derzeitigen Lage und künftigen Entwicklung gerecht wird. Sicherlich hält sich der von Europa aus geförderte Idealismus nicht immer, wenn die jungen Afrikaner wieder in die Wirklichkeit ihrer Heimatländer zurückgekehrt sind. Doch gibt es schon eine Anzahl junger Akademiker, die aus der UECA hervorgingen und die ihre Einsatzfreudigkeit und Dynamik mit in die Heimat zurückgenommen haben; es sind Ärzte, Ingenieure, Wirtschaftler, Priester und Lehrer.

Ausweitung der Union

Auf dem 8. Kongreß der UECA wurde beschlossen, verwandte Gruppen in anderen Ländern Europas zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die UECA will innerhalb der Pax Romana, deren Mitglied sie ist, den Dialog mit den englisch-sprachigen afrikanischen Studenten beginnen und die Basis für eine laienapostolische, militante Akademikerbewegung schaffen. In Wareme kündigten die belgischen Vertreter afrikanischer Studenten die Gründung einer UECA-Belgien an. Das Interesse, das die Vertreter afrikanischer Studenten anderen Ländern Europas an dieser Ankündigung zeigten, läßt darauf schließen, daß im folgenden Jahr die Gründung von UECA-Gruppen in Deutschland und Italien zu erwarten ist. (Eine wesentliche Rolle wird dabei spielen, daß der folgende Kongreß in Deutschland stattfinden wird.) Die lebhaften Verbindungen zwischen UECA-Frankreich einerseits und den Studentengemeinden und -gruppen in Dakar und Léopoldville sowie Vertretern der Hierarchie des französisch-sprachigen Afrika andererseits weisen auf noch weitgehendere Entwicklungen hin. (Während auf einigen früheren Kongressen Vertreter der Universität Dakar anwesend waren, nahm jetzt in Wareme zum erstenmal ein Vertreter der katholischen kongolesischen Studentenbewegung an den Beratungen teil; ebenso befand sich unter den Beobachtern ein Vertreter der kongolesischen Bischofskonferenz.) Die Sprachenschanke zu den Studenten ehemals englischer Kolonialgebiete ist bisher noch nicht durchbrochen. Aber im Vergleich mit vergangenen Jahren, in denen sich trotz allen jugendlichen Schwungs ein gewisser „frankophoner“ Provinzialismus durchzusetzen drohte, mehrten sich diesmal die Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die Erfahrungen anderssprachiger Gebiete Afrikas nicht außer acht gelassen werden dürften, die daher auch unter diesem Aspekt einzelne Resolutionstexte erfolgreich kritisierten. Ein erstes Treffen afrikanischer Jungakademiker französischer und englischer Sprache soll in diesem Sommer in Berlin stattfinden und sich sowohl mit den Differenzen befassen, die

sich aus Mentalitätsunterschieden ergeben, als auch und vor allem den Grundstein legen zu einer über die nationalen Grenzen hinausgreifenden kontinuierlichen Apostolatsarbeit unter Jungakademikern.

Es geht der UECA um gesellschaftliches und politisches Engagement der jungen Eliten in Afrika. Aber nicht nur um das allein. Den tiefsten Sinn ihrer Arbeit und ihrer Bemühungen machte ein Ereignis deutlich, das durch seine Einfachheit und Eindringlichkeit zum geistigen Mittelpunkt des Kongresses wurde: die Taufe einer Studentin aus Kamerun zu Beginn eines Gottesdienstes, bei dem man eine von einem UECA-Mitglied komponierte afrikanische Messe sang. Hier, so interpretierte rückblickend der Studentenpfarrer für alle Afrikaner in Frankreich, P. Desobry OP, zeige sich letztlich, was alle Mitglieder der UECA zu verwirklichen suchen: „Sie bemühen sich darum, wieder echte Söhne und Töchter Afrikas zu werden und dabei lebendige Mitglieder der Kirche zu bleiben.“

Aus den Missionen

Daß die Unterweisung in der katholischen Lehre unter der Landbevölkerung Lateinamerikas wirksam gefördert werde. Missionsgebetsmeinung für Juli 1963

Diese Gebetsmeinung geht die Katholiken in Deutschland besonders an. Seit mehreren Jahren haben die deutschen Bischöfe in der Vorweihnachtszeit zu einem Geldopfer aufgerufen, das unter dem Namen „Adveniat“ bekannt und dazu bestimmt ist, der Kirche in den lateinamerikanischen Ländern materielle missionarische

Hilfe zu leisten. Wie das Werk „Misereor“ gegen den leiblichen Hunger in der Welt kämpft, so soll „Adveniat“ wenigstens in einem Kontinent mithelfen, den Hunger der Seelen zu stillen. Man würde nicht als Christ denken, wollte man zwischen diesen Werken eine Rangordnung der Dringlichkeit aufstellen, so sehr sich dieser Gedanke manchem aufdrängt. Der Herr hat ebenso demjenigen seinen Lohn verheißen, der dem geringsten seiner Brüder auch nur einen Becher Wasser reicht, wie er andererseits geboten hat, vor allem um das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu sorgen. Das eine ist so notwendig wie das andere. Es gibt auch einen Hunger der Seelen, der quält und schließlich tötet, wenn auch ein materialistisches Denken das nicht wahrhaben will.

Es ist leider zuwenig bekannt, und es mag für manchen unter uns kaum zu glauben sein, daß viele Menschen in Lateinamerika, und zwar namentlich auf dem Lande, mehr nach Gott hungern als nach Brot. An irdisches Elend aller Art sind sie von jeher gewöhnt; aber sie suchen nach einer frohen Botschaft und nach Unterpfindern, die ihrem armseligen Leben einen Sinn geben. Die meisten Berichte über Lateinamerika vermitteln den Eindruck, den man in den Haupt- und Großstädten dieses Kontinents empfängt, den Eindruck einer vollkommen laisierten, säkularisierten, im Grunde rein materialistischen Atmosphäre, in der die katholische Kirche, abgesehen von kleinen Kreisen, nur noch als Tradition lebt, teils anerkannt, teils bekämpft, ja gehaßt. Aber dieser Eindruck ist genauso trügerisch, wie wenn man sich aus dem Milieu gewisser Viertel von Berlin, Wien, Paris oder Rom ein Bild über das katholische Leben dieser Länder machen wollte. Die Seelsorge in solchen Städten oder Vierteln ist eine Sache für sich, die Sorge um den Glauben dieser Völker ist eine andere. Allerdings hat die Verstärkung

der Bevölkerung in Südamerika ein Maß erreicht wie nirgends sonst auf der Welt. Etwas vereinfachend kann man sagen: während im Jahre 1925 noch zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Lande lebten, ist es heute nur noch ein Drittel. Die Gründe für diese Bevölkerungsumschiebung liegen in der außerordentlichen Bevölkerungszunahme von 100 Millionen im Jahre 1930 auf 160 Millionen im Jahre 1950 und auf 205 Millionen im Jahre 1960 — Schätzungen sprechen von 600 Millionen im Jahre 2000 —; in der schnell fortschreitenden Industrialisierung; im agrarischen Feudalsystem; in der Einwanderung; da und dort auch in der Politik.

Die Kirche wendet sich aber in dieser Gebetsintention der Landbevölkerung zu, die sozial und politisch nicht viel zu bedeuten hat, die aber von religiöser Sehnsucht erfüllt ist. Diese Menschen auf dem Lande leben in der Mehrzahl teils als Landarbeiter von Feudalherren, teils auch als armselige Bauern. An der Änderung und Verbesserung der sozialen Strukturen wird seitens internationaler Organisationen und seitens mancher Bischöfe da und dort schon gearbeitet. Das ist, bei den durch Jahrhunderte eingewurzelten, teils durch das koloniale Feudalsystem, teils durch den Erobererkapitalismus verursachten Zuständen, eine Sisypusarbeit. Aber es ist nicht unmöglich, diesen Menschen auf dem Lande religiös zu Hilfe zu kommen. Sie greifen nach jeder Hand, die sich ihnen bietet. Man spricht von dem großen Erfolg christlicher Sekten unter der Landbevölkerung in Lateinamerika. Dieser Erfolg zeigt, daß die Menschen dort auf die Heilsbotschaft Jesu Christi warten.

Die katholische Kirche befindet sich vor der Aufgabe, die Landbevölkerung in Lateinamerika seelsorgerisch zu betreuen, in einer Katastrophe. Sie hat keine Priester. Es gibt Pfarreien mit 30 000 Seelen und 1000 qkm Ausmaß.

Es versteht sich von selbst, daß in Ländern mit hohen Alphabetenzenzahlen das gedruckte Wort nur beschränkt unterweisen kann. Lateinamerika braucht daher Verkündiger des Wortes Gottes, die dem Hungernden in seiner Einsamkeit persönlich begegnen. Das müssen nicht unbedingt Priester sein, aber die Formung von Laieneliten zu Aposteln Christi ist — zumindest für den Anfang — ohne die leitende Hand von Priestern nicht möglich.

So erweist sich immer wieder der katastrophale Priestermangel des Subkontinents als das erste und größte Hindernis für eine Seelsorge mit Zukunft.

Hilfen

Dieser neuralgische Punkt ist seit langem erkannt. Man sinnt auf Hilfe und Abhilfe. Die Radioschulen des Paters Salcedo wurden weltberühmt. Einen großen Erfolg hatten auch die Werbekampagnen für Priesternachwuchs von San Cristóbal (Venezuela) und Asunción (Paraguay). Papst Johannes XXIII. wie auch schon Pius XII. drängt auf verstärkte Priesterhilfe für die lateinamerikanischen Länder (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 360). Laienkatechetenzentren wurden gegründet (bekannt wurden besonders diejenigen der mexikanischen Katholiken und die Katechisten von Msgr. Rossi in Brasilien). Vor allem beginnt man sich auf die verborgenen Reserven zu besinnen. Es sind das die Menschen selbst, die nach dem Worte Gottes hungern. So befaßte sich die Jahreskonferenz 1961 der brasilianischen Ordensoberen mit der Frage der Neger- und Mulattenberufe. Brasilien, von dessen fast 60 Millionen Einwohnern über 20 Millionen Neger und

Mischlinge sind, zählt fast überhaupt keine farbigen Ordenspriester. Diese Tatsache hat ihre geschichtlichen Gründe, aber nicht nur diese: eine ungeschriebene Color Bar, auch innerhalb der Kirche, hat jahrzehntelang den Eintritt von Farbigen in den Priester- und Ordensstand fast unmöglich gemacht, zumindest außerordentlich erschwert. Heute, wo die Kirche unablässig in allen Ländern der Erde auf eine echte Einwurzelung ihrer selbst hinarbeitet, daher das einheimische Priestertum mit allen Mitteln fördert und ganze Hierarchien in asiatischen und afrikanischen Ländern Autochthonen anvertraut, ist eine „weiße Kirche“ in einem Lande gemischter Bevölkerung ein Anachronismus. Ja mehr noch: unverantwortlich. Denn wie sollte die Kirche anders unter jenen Menschen Gestalt gewinnen als durch solche Priester, die aus ihrer Mitte hervorgegangen sind? Die Probleme, die sich einer Aktivierung der Neger und Caboclos für den Dienst in der Seelsorge stellen, sind sicher sehr groß. Sie dürfen jedoch nicht unüberwindlich sein. Die Konferenz der brasilianischen Ordensoberen hat sich daher auch dahin ausgesprochen, daß allen Rassenvorurteilen energisch entgegenzutreten und bestehende Rassenschranken zu beseitigen sind. Das schließt ein: „daß Schulen, die von Orden und Genossenschaften geleitet werden, grundsätzlich und unterschiedslos Mitgliedern aller Rassen offenstehen, was bis jetzt leider noch nicht immer der Fall ist; daß in den katholischen Jugendvereinen, die unter ihrer Leitung stehen, keine Rassendifferenzen geduldet werden; daß alle Vereinigungen katholischer Eltern, Lehrer und sonstiger Erzieher dasselbe Ziel anstreben“ (zit. nach Venantius Willeke OFM, in: „Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft“, Oktober 1962, S. 274—279).

**Ein neuer
Krisenherd in
Südostasien: der
malaiische Raum**

Wenn man eine Völkerkarte Asiens zur Hand nimmt, so stellt man fest, daß die Inselwelt zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean, die das Südostende des Erdteils abschließt, mit Einschluß des südlichen Teiles der Halbinsel Malakka von Malaien bewohnt wird. Aber man wird gleichzeitig belehrt, daß die Randgebiete der Inseln von jungmalaiischen Kulturvölkern besiedelt sind, während im Innern vielfach noch Angehörige indonesischer Altvölker wohnen, die auch zur malaiischen Rasse gerechnet werden. Man muß dies wohl beachten, wenn in Zeitungsartikeln etwa die Malaien Borneos den Primitiven dieser Insel gegenübergestellt werden oder wenn wir lesen, daß die Primitiven Nordborneos eine Abneigung gegen die Malaien des seit 1957 selbständigen Staates Malaya haben. Die rassische Einheit aller Malaienvölker jeder Schattierung ist bisher nicht deutlich empfunden worden. Die Kolonialgeschichte, in deren Verlauf bald dieser, bald jener Teil der malaiischen Welt fremder Herrschaft überantwortet war, trug nicht dazu bei, ein allmalaiisches Rassenempfinden zu fördern. Erst jetzt zeigen sich im politischen Raum die ersten Ansätze eines Pan-Malaiismus, und sie gehen bezeichnenderweise von Indonesien aus. Vor Jahren hat allerdings der Ministerpräsident von Malaya, Tunku Abdul Rahman, den Gedanken eines lockeren malaiischen Staatenbundes vorgetragen, dem die Philippinen, Malaya und Indonesien angehören sollten. Er wollte indes auch das andersrassige Thailand in die Föderation einbegriffen wissen. Angesichts der ihm unsympathischen politischen Entwick-

lung Indonesiens hat der westlich orientierte Staatsmann später solche Ideen nicht mehr geäußert, statt dessen aber wenigstens Thailand, Malaya und die Philippinen zu einer „Vereinigung für Südostasien“ zusammengebracht, die kulturellen und wirtschaftlichen Zielen dienen sollte. Diese Vereinigung wird inzwischen durch die Gegensätze zwischen Malaya und den Philippinen in der Frage der Zukunft Britisch-Borneos einer sehr schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Im Vorjahr entwickelte auch der Präsident der Philippinen einen Plan für ein großmalaiisches Reich, das unter Ausschluß Indonesiens von den Philippinen bis zur Grenze zwischen Thailand und Malaya reichen sollte, fand aber mit seinem Plan bei Malaya wenig Gegenliebe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 127).

Die Karte, die den Verbreitungsraum der Malaienvölker darstellt, verrät nun nicht, daß in den ganzen Bereich die Chinesen eingebrochen sind und dort verstanden, sich durch ihren Fleiß und ihr kaufmännisches Geschick fast überall eine beherrschende Stellung im Wirtschaftsleben zu erkämpfen, während die Malaien mehr der Landwirtschaft zugetan waren und im übrigen nicht einsahen, warum sie, denen die Tropen das zum Leben Nötige weitgehend schenkten, sich mehr als nur um das Morgen sorgen sollten.

Indonesien hat bekanntlich nach dem Abzug der Holländer einen erbitterten Kampf gegen die chinesische Wirtschaftsmacht geführt und dadurch mit zu der bedrohlichen Wirtschaftslage dieses Landes beigetragen. In Malaya leben 2,7 Millionen Chinesen (= 38 Prozent der auf 7 Millionen bezifferten Gesamtbevölkerung), und in Singapur sind sogar 75—80 Prozent der Bevölkerung von 1,8 Millionen Chinesen. Die drei noch unter britischer Herrschaft bzw. britischem Protektorat stehenden Gebiete Borneos (Sarawak, Nordborneo und Brunei), um deren politische Zukunft jetzt gerungen wird, weisen bei einer Gesamtbevölkerung von 1,3 Millionen je 30, 20 und 30 Prozent Chinesen auf. Auch auf den Philippinen, deren Bevölkerung durch die Einreise von Flüchtlingen aus Rotchina stark anwuchs, gibt es ein „Chinesenproblem“. Diese Tatsachen sind ein Politikum ersten Ranges, das angesichts der Nähe Rotchinas und des politischen Druckes, den es auf die südostasiatischen Festlandsstaaten von Burma bis nach Vietnam ausübt, nicht aus den Augen gelassen werden kann, wenn man die Kräfte wertet, die im malaiischen Raum um die Macht ringen. Die Chinesen dieses Gebietes sympathisieren gemeinhin mit Rotchina, weil China eben das große Vaterland ist, und sie sehen irgendwie im Kampf der Westmächte gegen das kommunistische Regime einen neuen Versuch, ihre Heimat wieder unter eine Art von Kolonialherrschaft zu bringen. Andererseits sind sie sehr realistisch und erstreben durchaus nicht die Vereinigung ihrer Gastländer mit Rotchina. Ohne sich diesen Ländern in bemerkenswertem Maße zu assimilieren, wollen sie dort ganz gerne leben, wenn man sie nur ohne Diskriminierung ungestört ihren wirtschaftlichen Interessen nachgehen läßt. Die beginnende Industrialisierung erfordert von ihnen, deren Domäne bisher Handel und Geldwirtschaft war, ein gewisses Umdenken, zumal sie in den dadurch bedingten Wandel der soziologischen Strukturen hineingezogen werden. Daher auch ihr Interesse an der Gewinnung von Macht in Parteien und Gewerkschaften. Ihre oftmals festzustellenden Sympathien für den Linksozialismus und den Kommunismus in ihren Gastländern sind nicht primär Ausdruck

eines Bekenntnisses zum System des chinesischen Kommunismus, vielmehr ihres Bestrebens, als Arbeiter am gesellschaftlichen Aufstieg teilzunehmen, dem das im Abbau begriffene Feudalsystem noch manche Hemmungen bereitet. Sie radikalisieren sich zunehmend in dem Maße, als sie rassistische Unterdrückung fühlen, und in der Zusammenarbeit mit der malaiischen Arbeiterschaft auf gewerkschaftlicher Ebene sehen sie ein Mittel, auch in der Industriegesellschaft zu Macht und Ansehen zu gelangen. Ergänzend sei noch bemerkt, daß Malaya und Singapur außer der sehr starken Chinesengruppe noch 850 000 Inder und Pakistanis aufweisen, die ebenfalls an wirtschaftlicher Zielstrebigkeit den Malaien überlegen sind, so daß gerade in diesem Raum eine malaiische Rassenpolitik auf ernste Widerstände stoßen muß.

*Malaya als Ansatzpunkt
einer politischen Neugruppierung*

England beschloß nach dem letzten Kriege, seine koloniale Machtstellung im malaiischen Raum schrittweise und vorsichtig abzubauen und dabei seine lebenswichtigen Interessen zu schützen. Dies ist ihm bis zu dem Augenblick gelungen, da die Philippinen und Indonesien sich in die Pläne zur Neuordnung des bisher von Großbritannien beherrschten Raumes einmischten. Sehr schnell entwickelt sich nun eine neue politische Krise in Südostasien, die zu einem weitreichenden internationalen Konflikt über die künftige Aufteilung der britischen Gebiete in Malaya führen kann, und zwar an der strategisch so wichtigen Stelle, an der Indischer und Pazifischer Ozean sich berühren. Noch fataler ist, daß es sich um einen Bereich handelt, der direkt unterhalb der Krisengebiete auf dem südostasiatischen Festland liegt. Betrachten wir kurz die Etappen der „Entkolonialisierung“, die zu diesem Ergebnis führten.

Seit 1874 arbeiteten die Engländer an einem Plan, die neun unabhängigen und unter ihrem Protektorat stehenden islamischen Sultanate Malayas mit Penang und Malakka zu einem Staatenbund zusammenzuschließen, der 1948 unter englischer Führung Wirklichkeit wurde und 1957 die volle Selbständigkeit erhielt, nachdem ein 10jähriger Dschungelkrieg gegen hauptsächlich chinesische Partisanen kommunistischer Färbung seine Existenz gleich zu Beginn gefährdete. Das Experiment ist dem Anschein nach bisher voll geglückt. Jede fremde Entwicklungshilfe ablehnend, konnte Malaya dank der natürlichen Reichtümer des Landes (Zinn und Kautschuk) sich gründlich modernisieren. Es wird heute als der wirtschaftlich gesundeste und politisch stabilste Staat Südasiens bezeichnet, der eine der härtesten Währungen der Welt besitzt. An der Spitze Malayas steht ein konstitutionell beschränkter Wahlmonarch, der alle fünf Jahre von den Sultanen neu gewählt wird. Die Regierung führt ein Ministerpräsident mit dem Titel Tunku (Prinz). Er ist einem von der Bevölkerung gewählten Parlament verantwortlich. Seine geistige Prägung erhielt das Land durch seinen ersten Ministerpräsidenten Tunku Abdul Rahman, der seine Erziehung in England erhielt, den Beruf eines Rechtsanwaltes erwählte und später sich der Politik zuwandte. Die neue Verfassung spielte der knappen malaiischen Mehrheit die Macht im Staate zu. Aber von Anfang an war sich der Tunku darüber klar, daß die Zukunft des Landes von der Heranführung der beiden Minderheiten (Chinesen und Inder) an den Staat abhängt, besonders der Chinesen, die mit großen inneren Vorbehalten und Sor-

gen in die neue staatliche Ordnung eintraten. Damit aber die fleißigen Chinesen nicht bald die trägen Malaien im staatlichen Leben überrundeten, die Macht an sich rissen und so einen Bürgerkrieg zwischen Chinesen und Malaien herbeiführten, gab Abdul Rahman den Malaien eine Chance, unter günstigen Bedingungen sich selbst eine wirtschaftliche Position im Lande zu schaffen. 15 Jahre lang sollten vier Fünftel aller höheren Offiziers- und Beamtenstellen Malaien reserviert bleiben, damit sie arbeiten und Verantwortung tragen lernen. Außerdem gab er den Malaien Häuser und Land, damit sie genauso wohlhabend werden könnten wie die Chinesen, vorausgesetzt, daß sie sich entschlossen, Malaya nicht mehr als ein Paradies zu betrachten, von dessen Fruchtbäumen man ohne Arbeit leben kann. Nach den 15 Jahren soll volle Gleichberechtigung herrschen, ohne die ein friedliches Nebeneinander verschiedener Völker in einem Staate nach Überzeugung des Tunku unmöglich ist. Ab sofort aber gab der Regierungschef allen Bevölkerungsschichten ohne Unterschied der Rasse gleiche Bildungsmöglichkeiten bis hinauf zu den Universitäten. Auf politischer Ebene gründete Abdul Rahman eine Allianzpartei von Malaien, Chinesen und Indern. Als der erste Chinese von Rang den Beitritt zu dieser Partei erklärte, folgten die übrigen in großer Zahl nach. Die Partei erzielte bei den ersten allgemeinen Wahlen (1959) eine Zweidrittelmehrheit. Diese bröckelte aber durch die Sezession einer linkssozialistischen Gruppe — der Ministerpräsident selbst ist gemäßigter Sozialist — so stark ab, daß die Allianzpartei heute mit nur einer Stimme Mehrheit regiert. Der auffälligste Erfolg des Tunku ist, daß er die so ungeheuer schwer assimilierbaren Chinesen zur Mitarbeit bewegen konnte, daß eine stärkere Gruppe chinesischer Studenten vorbehaltlos sich den Idealen des neuen Staates verschrieb, willig die malaiische Sprache als Unterrichtssprache annahm und sich auch der Offizierslaufbahn zuwandte. Unter den in eine harte Erziehungsschule genommenen Malaien aber herrscht eine gewisse Mißstimmung über die Aussichten, einmal die volle Gleichberechtigung der Chinesen annehmen zu müssen, während viele Chinesen sich ärgern, daß ihre Steuergelder — sie sind die besten Steuerzahler des Landes — vorläufig verwendet werden, um den Malaien wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Das Regime Abdul Rahmans ist westlich orientiert und absolut antikommunistisch. Vom Südostasiatischen Verteidigungspakt hält es nicht viel. Das Land ist deshalb auch nicht Mitglied der SEATO, die es ebenso als eine künstliche Schöpfung der USA und Westeuropas betrachtet wie das Formosa Tschiang Kai-scheks, mit dem es keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Obwohl der Islam zur Staatsreligion erklärt wurde, herrscht im Lande religiöse Toleranz. Man kann verstehen, daß England in diesem Staat die beste politische Stütze bei der Liquidierung seines letzten Kolonialbesitzes im malaiischen Raum sieht und mit seiner Hilfe auch die einzige große Marinebasis Englands in Asien, Singapur, zu retten hofft.

Der Plan von Groß-Malaya (Malaysia)

Dieses Singapur liegt vor den Toren Malayas, nur durch eine Brücke vom Festland getrennt. Seit langem wird es vom chinesischen Kommunismus unterwandert. Im Jahre 1959 zu einem eigenen Stadt-Staat mit voller innerer Autonomie erklärt, steht es unter der Regierungsleitung eines in Cambridge erzogenen Auslandschinesen namens Lee Kuan Yen. Die Regierung ist stark links orientiert.

Der Linksdrall in der Volksvertretung verstärkte sich immer mehr, so daß man im antikommunistischen Malaya den Tag nahen sah, an dem in Singapur die Kommunisten zur Macht kämen. In dieser Situation entwarf Abdul Rahman einen Plan zur Aufnahme Singapurs in die Malaiische Föderation. Dieser Plan hätte indes in Malaya zu einer chinesischen Mehrheit geführt, die für die Malaien untragbar war. Wenn man aber, so sagte sich der Regierungschef Malayas, die drei britischen Gebiete Nordborneos gleichzeitig mit Malaya verbände, wäre die chinesische Mehrheit in diesem so nochmals erweiterten Staat verhindert, obwohl dann die Chinesen noch immer 42 Prozent der etwa 11,4 Millionen Einwohner ausmachen würden. Der Plan kam den Wünschen der Engländer entgegen, die sowohl ein Interesse an einem nicht-kommunistischen Singapur hatten als auch fürchteten, die drei Gebiete Nordborneos könnten sich gefährlichen Partnern außerhalb des Commonwealth anschließen, zumal sie bis auf das kleine Brunei in sich nicht lebensfähig sind, in zweien der Gebiete besonders unter den Chinesen schon kommunistische Parteien organisiert wurden und der größte Teil Borneos sich bereits im Besitz Indonesiens befindet, das die zweitgrößte kommunistische Partei Asiens aufweist. Der Plan Abduls Rahmans ist von zwei Ängsten eingegeben, daß nämlich die Chinesen und die Kommunisten in den im Übergang zur Selbständigkeit begriffenen britischen Gebieten der malaiischen Welt zur Macht kämen. In beiden Fällen sieht er Malaya als Staat tödlich bedroht. Die Engländer fühlen, daß die vorgeschlagene Lösung der Probleme nicht ideal ist, aber auch aus ihrer Sicht besteht keine bessere Alternativlösung. Es würde also ein Staat aus zwei durch ein Meer von rund 500 km getrennten Teilen entstehen, dessen äußerste Enden etwa 2000 km voneinander entfernt sind. Dem hochentwickelten Westteil stände ein größtenteils unterentwickelter Ostteil gegenüber, dessen Bewohner meist noch auf primitiver Kulturstufe stehen und erst stufenweise zur Mitverantwortung in einem modernen Staatswesen erzogen werden müssen. Beide Teile haben bisher nur lockere wirtschaftliche Beziehungen, und auch die kulturellen Bande sind äußerst schwach. Der Föderationsplan ist nach eingehenden Verhandlungen der beteiligten Regierungen in London und in Kuala Lumpur mit großer Hast vorwärtsgetrieben worden. Je mehr gewisse von außen kommende Gefahren für die angestrebte Lösung sichtbar wurden, desto mehr hat man sich beeilt, das Werk möglichst bald zu vollenden. Nach dem Zeitplan soll die Föderation Malaysia am 31. August 1963 gegründet werden.

Eine Föderation von selbständig erklärten Staaten kann nach demokratischen Spielregeln nur auf der Grundlage der Zustimmung der Beteiligten gegründet werden. Die erste zu nehmende Hürde war Singapur. Nachdem die Gesetzgebende Versammlung der Stadt den Beitritt zur Föderation im Juli 1962 unter der Bedingung angenommen hatte, daß Singapur die Kontrolle über Erziehung und Arbeitsfragen sowie 75 Prozent der Vermögensverwaltung behält, entschieden sich bei einem Referendum am 1. September überraschend 75 Prozent der Wählerschaft für den Anschluß an den geplanten Staatenbund. Die Linkssozialisten, die, da die kommunistische Partei in Singapur verboten ist, in etwa die Interessen des Kommunismus vertreten, hatten im Wahlkampf den Anschlußplan als eine Machenschaft Großbritanniens zur Verewigung der alten Kolonialherrschaft unter neuem

Namen bezeichnet. Sie erklärten, man wolle die pro-kommunistischen Chinesen von Singapur durch Unterjochung unter eine reaktionär-islamische Bundesregierung entmachten. Das Ergebnis der Wahl zeigte, daß die Mehrheit der nüchtern denkenden Chinesen ihren Vorteil in der Einordnung Singapurs in das geplante Staatsgebilde, nicht in der Isolierung der Stadt sah. Sie nahm sogar eine Bedingung in der vorgelegten Anschlußformel an, daß Singapur nur 15 Sitze in dem geplanten Zentralparlament von 104 Abgeordneten erhalte, obwohl es der Kopfzahl der Bevölkerung nach auf einige Abgeordnete mehr Anspruch hatte. Desgleichen wurde die Bedingung angenommen, daß Bürger Singapurs nicht bei Wahlen in Malaya kandidieren dürfen. Beide Bestimmungen hatte Abdul Rahman gegen das Zugeständnis weitgehender lokaler Autonomie ausgehandelt, um ein Übergewicht der Chinesen in den parlamentarischen Körperschaften zu verhüten. Man sieht gleich das Provisorische dieser Abmachungen. Auf die Dauer kann man in einer Föderation nicht die Freizügigkeit mit nachfolgenden bürgerlichen Rechten beschränken, wie man auch nicht ständig verhindern kann, daß aus dem überbevölkerten Singapur Massenauswanderungen nach Borneo stattfinden, die dann dort eventuell die bevölkerungspolitische Situation weiter zugunsten der Chinesen ändern könnten. Vorläufig haben die Briten Maßnahmen vorgesehen, um eine Masseneinwanderung von Chinesen nach Nordborneo zu verhindern, falls die Föderation Wirklichkeit wird. Sie wollen dadurch das Erstarken des örtlichen Kommunismus auf dem Wege über Singapur verhindern und gleichzeitig die Befürchtungen der Malaien Nordborneos zerstreuen, sie könnten in absehbarer Zeit einer chinesischen Überfremdung unterliegen.

Angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit, die Haltung der politisch rückständigen indonesischen Altvölker im Norden Borneos zur geplanten Föderation durch eine Volksabstimmung nach dem Muster von Singapur zu erforschen, hatte Großbritannien eine Kommission unter Lord Cobbold nach dort gesandt, die u. a. durch Palaver mit den Stammeshäuptlingen eine Meinungsbefragung veranstalten sollte. Das Protektorat Brunei wurde dabei ausgeschaltet, da es im Rahmen seiner eigenen Verfassung die Entscheidung zu treffen hatte. Die Königliche Kommission kam mit der Mitteilung nach England zurück, 80 Prozent der Bewohner der beiden Kolonien Sarawak und Nordborneo seien für den Anschluß. Man darf diese Feststellung nicht überbewerten, da durch Versprechungen und Suggestivfragen die Antworten der Häuptlinge leicht zu beeinflussen waren. Auf jeden Fall ist in Sarawak unter den Chinesen eine starke kommunistische Geheimorganisation gegen den Anschluß, und die linksgerichtete Vereinigte Volkspartei, die stärkste politische Organisation der Kolonie, nur bedingungsweise für den Beitritt zur Föderation. In dem kleinen Protektorat Brunei, bekannt durch ergiebige Ölvorkommen, die von dem Shell-Konzern ausgebeutet werden, hat der Sultan im Prinzip schon 1962 seine Zustimmung zum Anschluß an den Staatenbund zum Ausdruck gebracht. Er wollte aber erst die Meinung eines von ihm erstmals konstituierten Gesetzgebenden Rates hören, der 30 Mitglieder umfassen sollte, von denen 14 von ihm ernannt, 16 aber von den gleichfalls neugeschaffenen Distriktsräten gewählt wurden. Zur allgemeinen Überraschung gewann bei den Wahlen zu den Distriktsräten die linksgerichtete und mit den Kommunisten Singapurs verbündete, stark unter chinesi-

schem Einfluß stehende „Volkspartei“ 54 von den 55 Sitzen dieser Räte. Die gleiche Partei, die unter der Devise der Unabhängigkeit von British-Borneo kämpfte, stand auch hinter der Dezemberrevolte in Brunei, die in wenigen Tagen durch herbeigeeilte britische Truppen niedergeschlagen wurde. Der Sultan wurde durch alle diese Vorgänge veranlaßt, zu handeln. Er begab sich nach Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malayas, ließ dort seinen Entschluß zur Teilnahme an der Föderation verkünden und verhandelte anscheinend erfolgreich über die Bedingungen des Anschlusses. Wenn es das Ziel des neuen Staatenbundes sein soll, einen antikommunistischen Damm gegen das Vordringen des Kommunismus zu bilden, so ist zweifellos Nordborneo die schwächste Stelle dieses Dammes.

Widerstände von außen

Auf Borneo richten sich auch die Einmischungen von außen, die den ganzen Plan gefährden und einen internationalen Konflikt heraufbeschwören können, der den ganzen Plan von Malaysia gefährdet. Indonesien, dem nicht nachzuweisen ist, daß es an der Brunei-Revolte direkt beteiligt war, hat in letzter Zeit immer lauter gegen die Einbeziehung Borneos in die Föderation Stellung genommen, obwohl es während der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Holländisch-Neuguinea erklärte, seine Forderung richte sich nur auf die Wiedervereinigung der Gebiete, die einst zum niederländischen Kolonialreich gehörten. Die Übertragung der Souveränität über Nordborneo an den Staatenbund Malaysia wird als ein Werk des Neo-Kolonialismus bezeichnet. Der indonesische Außenminister Subandrio erklärte, Indonesien werde die Rebellen von Brunei, deren große Mehrzahl sich in den Dschungel zurückzog, um dort weiterzukämpfen, aktiv unterstützen. Schon sind zwei „Divisionen“ indonesischer Freiwilliger an den langen, unkontrollierbaren Grenzen zwischen Indonesisch- und British-Borneo versammelt. Dies hinwiederum hat die Engländer veranlaßt, in ihrem Gebiet eine kleine, wohlausgerüstete Eingreifarmee aufzustellen, die sowohl der Abwehr innerer Unruhen in den britischen Gebieten als auch der Bekämpfung indonesischer Infiltration dienen soll. In Indonesien wird inzwischen eine nationale Befreiungsbegeisterung für Nordborneo ähnlich jener für West-Irian hochgespielt. Malaya aber, dessen Ministerpräsident noch am Neujahrstag sagte, die Politik seines Landes sei es, das eigene Volk statt mit Kugeln mit Nahrung, statt mit Uniformen mit Kleidung, statt mit Militärbaracken mit Häusern auszurüsten, ließ fünf Wochen später durch seinen Verteidigungsminister die unmittelbare Aufrüstung gegenüber den indonesischen Provokationen verkünden. Fast zur gleichen Zeit nahm Sukarno erstmalig selbst zur Frage der großmalaiischen Föderation Stellung. Er kündigte entschlossenen Widerstand gegen den Plan an und versprach den Dschungelkämpfern, denen die Engländer jetzt mit Spürhunden und Angehörigen ehemaliger Kopffägerstämme zu Leibe rücken, vollen Beistand.

Schwer beunruhigt sind die Philippinen hinsichtlich der Zukunft der ihrem Territorium so naheliegenden drittgrößten Insel der Welt. Die gefürchtete Ausdehnung Indonesiens über ganz Borneo erschreckt sie mehr als der Anschluß British-Borneos an Malaya. Tatsächlich ist die indonesische militärische Rüstung jener Malayas und der Philippinen dank der massiven russischen Aufrüstungshilfe weit überlegen. Die USA und Großbritannien aber

sind in gleicher Weise daran interessiert, Malaya und die Philippinen zu schützen. Rußland und China bleiben zur Zeit noch im Hintergrund. Ein weiterer Grund philippinischer Besorgnisse ist die in Manila sehr ernst genommene Gefahr des Aufbaus einer chinesisch-kommunistischen politischen Machtstellung auf Borneo. Wird Malaysia auf die Dauer dies verhindern können? Der Vizepräsident der Philippinen Emmanuel Pelaez hat in London seine Besorgnisse vorgetragen. Großbritannien nimmt sie ernster als den Anspruch der Philippinen auf die britische Kolonie Nordborneo auf dem nordöstlichen Vorgebirge der Insel, über die es nach wie vor nicht verhandeln will, was die Öffentlichkeit der Philippinen empörte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 127).

Tatsächlich ist hier etwas zu regeln, mag auch der Souveränitätsanspruch der Philippinen auf Nordborneo zweifelhaft sein. Die „New York Times“ (25. 1. 63) brachten einen Leserbrief des kalifornischen Universitätsprofessors für politische Wissenschaft L. Starner, der die Frage eingehend behandelt und zu dem Schluß kommt, daß Großbritannien keinen klaren Rechtstitel auf die Kolonie Nordborneo hat. Der Sultan von Sulu (Philippinen) hat im Jahre 1878 dem österreichischen Baron Overbeck dies Gebiet leihweise überlassen, und zwar gegen eine Gebühr von jährlich 5000 malaiischen Dollar, wie sich aus den Originaldokumenten des Leihvertrags ergibt. In diesen Vertrag traten die Rechtsnachfolger Overbecks, zuerst die British North Borneo Company, dann die britische Regierung, ein. Die 5000 Dollar wurden dem Sultan bis heute jährlich gezahlt. Die britische Regierung hat bei verschiedenen zeitlich weit auseinanderliegenden Gelegenheiten ausdrücklich anerkannt, daß seitens des Sultans kein Verzicht auf die Souveränität vorlag. Sie kann also jetzt nicht behaupten, es habe sich um einen Kaufvertrag gehandelt. Aus einem in indefinitum verlängerten und durch Zahlung einer Geldsumme anerkannten Leihvertrag kann nie ein Kaufvertrag werden. Die Frage, wieweit die Souveränität des Sultans, der sein Gebiet nacheinander unter spanischer, nordamerikanischer und philippinischer Herrschaft verwaltete, unverändert bis heute weiterbesteht, ist freilich hochkompliziert. Wenn die Philippinen jetzt den Anspruch auf Nordborneo erheben, so tun sie dies nicht aus Expansionsbedürfnis, sondern aus Sorge um ihre eigene Sicherheit. Dies sollten die Engländer bedenken. Die Angelegenheit hätte längst durch Verhandlungen erledigt werden können, bevor sie anlässlich der beabsichtigten Souveränitätsübertragung des Gebietes an Malaysia eine für beide Seiten mißliche Aktualität erhielt. Andererseits war die philippinische Regierung nicht gut beraten, als sie dem geistigen Anstifter der Brunei-Revolte, Dr. Mohar Azahari, vor, während und nach dem Aufstand gestattete, von Manila aus seine Werbung für ein unabhängiges Nordborneo oder (als Alternativlösung) für ein Größeres Malaysia unter Einschluß der Philippinen durchzuführen, und ihm ermöglichte, mit führenden Persönlichkeiten der dortigen Regierung und der Presse engen Kontakt zu halten. Die Beziehungen zwischen Kuala Lumpur und Manila aber sind inzwischen immer mehr erkaltet. Im März dieses Jahres hat nun der Präsident der Philippinen unter Zustimmung der Außenminister Indonesiens, Malayas und Australiens den Vorschlag gemacht, das Borneo-Problem auf einer Konferenz der interessierten Regierungen zu beraten und, wenn möglich, einer für alle annehmbaren Lösung zuzuführen. Kommt es zu dieser Konferenz, so

erhöhen sich die Aussichten auf eine friedliche Regelung der Streitfrage.

Die christlichen Interessen in Malaysia

Unter der Voraussetzung, daß der Staatenbund Malaysia trotz aller sich häufenden äußeren Widerstände demnächst Wirklichkeit wird, muß man nun die Frage nach der Stellung des Christentums in der Föderation stellen. Ein Grund zur Besorgnis ist die Tatsache, daß man plant, die derzeitige Verfassung von Malaya, in der der Islam Staatsreligion ist, auf die ganze Gemeinschaft auszudehnen, obwohl in Malaysia höchstens 43 Prozent der Bewohner Moslems sein würden (Malaya erheblich unter 50 Prozent, Singapur 15 Prozent, Sarawak 23,4 Prozent, Nordborneo 37,9 Prozent, Brunei 49 Prozent). Zwar hat die Mehrheit der gemischten britisch-malaiischen Untersuchungskommission (Vorsitzender Lord Cobbold, zwei britische, zwei malaiische Mitglieder) bekanntgegeben, sie sei in Borneo auf starken Widerstand gegen die Erklärung des Islams zur Staatsreligion und gegenüber der Idee gestoßen, daß öffentliche Finanzmittel für islamische Zwecke verwandt würden; zwar wurde auf der Schlußsitzung des von den beteiligten Regierungen eingesetzten Komitees für Verfassungsfragen am 20. Dezember 1962 in Kuala Lumpur angeblich beschlossen, Sarawak und Nordborneo von der Bestimmung der Verfassung Malayas über den Islam als Staatsreligion auszunehmen, aber noch Ende Januar dieses Jahres weigerten sich das British Commonwealth Office und die Malayan High Commission in London, irgendeine Auskunft über den Stand der Frage zu geben. Offensichtlich möchte die britische Regierung aus drei Gründen den Wünschen Malayas entgegenkommen. Sie möchte eine Verbeugung vor der islamischen Welt des Mittleren Ostens machen, wie sie es schon tat, als sie 1957 die Zustimmung gab, daß in die von Sultanen Malayas schon akzeptierte Verfassung nachträglich die Bestimmung über den Islam als Staatsreligion eingefügt wurde. Es ist ferner das Bestreben Londons, die Wünsche Malayas, des Rückgrates der Föderation, zu erfüllen. Schließlich glauben die realistischen Engländer wohl, daß der Islam der festeste Kitt des neuen Staatenbundes sein würde: was der Islam einmal sich einverleibt hat, läßt er nicht so leicht auseinanderreißen.

Was hätten nun die Nicht-Muslimen in Borneo und in Singapur zu erwarten, wenn der Islam Staatsreligion in der Föderation würde? Der malaiische Islam, ein Aufguß auf ältere Kulturen, ist im allgemeinen ziemlich duldsam, wenn es dort auch (Beispiel Indonesien) sehr unduldsame Parteien und Gruppen gibt. In Malaya besteht eine ziemlich machtlose allislamische Partei. Der Tunku Abdul Rahman ist schon wegen seiner Erziehung in England ein weitblickender und toleranter Mann. Er möchte auch eine Reform des Islams. In Karachi erklärte er im Vorjahr: „Die islamischen Gesetze bedürfen einer Reform, damit sie der heutigen Zeit angepaßt sind.“ Es gibt zur Zeit keine Störung im Zusammenleben der vielen Religionen und Weltanschauungen in Malaya. Die Christen hüten sich, unter den Muslimen Missionsversuche zu machen. Die Anhänger der christlichen Kirchen sind meist Europäer, Chinesen, Inder und Mischlinge (in Borneo auch Angehörige der Primitivstämme). Die ausländischen christlichen Missionare müssen jedes Jahr um Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis einkommen. Die derzeitige Regierung ist auch hier tolerant. Was andere Regierungen tun werden, weiß niemand. Die christlichen Bekenntnisse

dürfen ungestört Schulen errichten, erhalten aber nur relativ geringe staatliche Unterstützung. Sie können in diesen Schulen auch ihre Religion verbreiten.

Dennoch gibt es gewisse Diskriminierungen, die nachdenklich stimmen. Befinden sich in einer staatlich unterstützten Missionsschule aller Grade 15 oder mehr islamische Schüler, so muß ihnen während der Klassenstunden durch einen von der Regierung ernannten und aus öffentlichen Mitteln bezahlten Lehrer islamischer Religionsunterricht gegeben werden, während jegliche christliche Religionsunterweisung an den gleichen Schulen bis zum Jahre 1962 nur außerhalb der normalen Unterrichtszeit gestattet war. Neuerdings ist diese Beschränkung zwar aufgehoben worden, aber von einer Bezahlung der christlichen Religionsdiener durch den Staat ist keine Rede. Nach Artikel 12 der Verfassung hilft der Staat bei der Errichtung und beim Unterhalt mohammedanischer Institutionen. Jüngst noch wurde eine der Staatsuniversität angeschlossene Moschee mit öffentlichen Mitteln finanziert. Die christlichen Sonntagssendungen am Rundfunk sind neuerdings abgeschafft worden. Nur zu Ostern und Pfingsten ist eine kurze Radiosendung der einzelnen christlichen Bekenntnisse erlaubt. In Singapur haben sich die örtlichen Behörden die Freiheit in Schul- und Kulturfragen beim Assoziierungsvertrag gesichert.

Für Borneo hat am 27. Februar 1963 ein von Vertretern der Regierungen der zukünftigen Föderation beschickter Ausschuß einen Bericht ausgearbeitet, der von der britischen Regierung als Weißbuch veröffentlicht wurde. Dieser Bericht sucht in der religiösen Frage einen Kompromiß. Auch für die Borneo-Staaten soll der Islam Staatsreligion sein. Gleichzeitig wäre die religiöse Freiheit verfassungsmäßig zu sichern. Aus Mitteln der Beiträge der Borneo-Staaten zur Föderation wäre der Islam (Schulen, Moscheen, Unterhalt der Religionsdiener) zu unterstützen, gleichzeitig aber sollen die übrigen Religionen in gleicher Höhe Mittel „für soziale Zwecke“ erhalten. Der Vorschlag verletzt das Prinzip der religiösen Gleichheit und erscheint praktisch undurchführbar. Schließlich haben ja auch die Muslimen Anspruch auf „soziale Förderung“, nicht nur die Christen. Im Grunde wäre es für die christlichen Kirchen ein schwerer Schlag, wenn ein solcher Vorschlag, der allzu deutlich den Charakter eines politischen „Kuhhandels“ zeigt, angenommen würde. Die Gefahr scheint groß, da in den Borneo-Staaten die Volksmeinung nur durch Gesetzgebende Räte zum Ausdruck kommt, deren Mitglieder zu erheblichen Prozenten von den Regierungen ernannt werden.

Geben wir zum Schluß ein paar statistische Daten über die Katholikenzahl in der künftigen Föderation: Malaya und Singapur zählten Mitte 1961 162 376 Katholiken und 2727 Katechumenen, die drei Bistümern unterstehen; Nordborneo wies zum gleichen Zeitpunkt in drei Apostolischen Vikariaten 72 085 Katholiken und 5364 Taufbewerber auf. Der Prozentsatz der Katholiken in Malaya-Singapur beträgt 1,9, in Britisch-Borneo 5,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Kirche wird also in dem neuen Staatenbund sehr schwach an Mitgliedern sein. Ihre Bedeutung für das Land sind ihre recht zahlreichen Schulen aller Grade, die von Bevölkerung und Regierung sehr geschätzt werden. Ihre Zahl betrug 1957 in Malaya-Singapur 144 mit 87 000 Schülern. An sozialen Einrichtungen verfügte die Kirche im gleichen Raum über 1 Krankenhaus, 10 Dispensarien, 1 Aussätzigenheim, 23 Waisenhäuser, 2 Altersheime und 2 Flüchtlingsstationen.